

Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Sattler, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder

№ 20

Das Blatt erscheint jede Woche
Abendausgabe 5. März bis Sonntag
Abendausgabe 5. März bis Sonntag
Abendausgabe 5. März bis Sonntag
Abendausgabe 5. März bis Sonntag

Hamburg, den 20. Mai 1922

Anzeigen kosten die sechsgehaltene Non-
pareillezeile oder deren Raum 3 Mark
(der Betrag ist stets vorher einzulösen).
Verbandsanzeigen 1,50 Mark die Zeile.

36. Jahrg.

Zur Tagung des Haupttarifamtes vom 8. bis 10. Mai

Bei einer früheren Tarifverhandlung sagte einmal der Reichsminister, der sich für alle Verhandlungen als die Arbeiter bessere Wohnverhältnisse streben, während die Unternehmer nichts zahlen. Neben Steigerung Lohnhöhe muß deshalb der Beweis erbracht werden, daß bei den heutigen völlig veränderten Verhältnissen die Verhandlungstätigkeit eine andere geworden ist, aber es wird auch heute noch jede dringende Lohnhöhe durch umständlich. Der Unterschied ist, daß vor dem Kriege eine längere Tarifdauer vereinbart, die Vorbereitungen in all ihren einzelnen Stufen sorgfältig getroffen wurden und man auf das größte Interesse der Beteiligten rechnen konnte, während gegenüber sich die Verhandlungen in kurzen regelmäßigen Rissen vollzogen, man will allgemein von dem Däum und Schranke Verhandlungen selbst gar nichts mehr hören. Wenden unter, daß das Ergebnis der tagelangen Verhandlungen nur auf der Straße mit noch die Frage interessiert: Was ist die Lohnhöhe der Lohn zur Zufriedenheit?

Recherche bemerkte: Ein zwar aus den bestehenden Verhältnissen heraus entwickelbarer, aber aus organisatorischen Gründen höchst bedauerlicher Zustand.

Wir wollen deshalb auch nicht auf die Einzelheiten der einzelnen dreitägigen Verhandlungen eingehen, da das Gesamtbild derselben in den Grundzügen mit allen früheren übereinstimmt. Die anhaltende Teuerung erfordert mit dringender Notwendigkeit einen entsprechenden Lohnausgleich, was wurde von unsern Vertretern zwingend nachgewiesen, besonders wie in den einzelnen Lohngebieten von Wonne, wobei die Lebensmittel und die sonstigen zum Lebenserhalt unentbehrlichen Gegenstände teurer geworden sind, von einer Verhandlung zur andern die Preise für Holz, Öl- und Beleuchtungsmaterial und dergleichen hinaufstiegen. Die Arbeitgeber konnten und wollten die Teuerung nicht ablehnen, aber allerlei Momente wurden herangezogen, die zeigen sollten, daß in den letzten Wochen eine Stabilität eingetreten sei. Nach den amtlichen Feststellungen ist im Monat April eine Preissteigerung von 20% vorhanden. Unsere Vertreter wiesen nach, daß diese Zahl für die Bestimmung der amtlichen Teuerung nicht ausschlaggebend sein könnte, denn die Reichsstatistik umfasse nur einen Teil der notwendigen Dinge, ihre Indexzahlen könnten daher nur als Maßstab bei der Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Lage dienen. Dazu kommt, daß endlich einmal der oft in Aussicht gestellte Ausgleich der Löhne erfolgen müsse, um den unsere Kollegen seit Jahren zurückgeblieben sind. Die gegenwärtige gute Geschäftskonjunktur mache hierzu am günstigsten. Großartig, wie nun einmal unsere Herren Arbeitgeber sind, drückten sie zum Ausdruck, daß schon bei den Aprilverhandlungen eine zwanzigprozentige Lohnhöhe eingetreten, die amtlich festgestellte Teuerung für den April abgegolten sei, um aber zu zeigen, daß auch die Lage der Beschäftigten erkennen, wären sie bereit für die vielleicht später festzustellende Teuerung die geringe Abschlagszahlung anzubieten, die sich im Rahmen zwischen 5 und 7% bewegen sollte. Das war die Antwort auf die von unsern Vertretern gestellte Gesamtforderung von 20% im Durchschnitt. Bis spät abends sah sich die gegenseitige Auseinandersetzung hin, ohne daß es gelang, nur einen Schritt weiterzukommen. Die im Plenum der Parteien geführten Debatten wurden später im kleinen Kreise des Haupttarifamtes fortgesetzt, ebenfalls ohne jegliches Ergebnis; es ergab sich eben mit aller Deutlichkeit, daß die Arbeitgeberbetreiber den Ernst der Situation nicht begreifen wollen. Für sie sind die in der Industrie und in vielen anderen Gewerben gesunkenen höheren Löhne nichts weiter als Konjunkturlöhne, und dieses folgt, was wir immer wieder sagen, wie sie zum Beispiel im Baugewerbe betrieben werden, machen sie nicht mit.

Der dringende Hinweis unserer Vertreter, daß man auf diese Weise immer mehr die besten Kräfte aus dem Gewerbe

hinaustriebe, daß keine Zufriedenheit und Arbeitsfreudigkeit geschaffen werden könne, wenn gerade die Malergehilfen immer gegenüber andern Arbeiterschichten zurückbleiben sollten, daß auch unser Gewerbe nicht, wie man immer prophezeiht, zugrunde geht, wenn einstündige, den heutigen Lebensverhältnissen entsprechende Löhne gezahlt werden, fand ebensowenig Beachtung wie alle sonstigen Gründe, die in reichstem Maße zur Charakterisierung der wirtschaftlichen und sozialen Lage unserer Berufsangehörigen vorgebracht wurden. Alles Neben in diesem Kreise ist deshalb, wie ein Kollege nach den stundenlangen Debatten herbeilob, glatt in den Wind gesprochen. Am zweiten Verhandlungstage wurde in der Hauptsache zwischen den beiden Unparteiischen und den Verbandsvorstehenden verhandelt.

Zur späten Abendstunde trat wieder das Haupttarifamt in Funktion. Die Arbeitgebervertreter gaben ihr jedes einzelne Lohngebiet ihr Angebot allgemein bekannt, das im Durchschnitt 20% betrug, für einen Teil Orte blieben die Angebote noch darunter.

Unter diesen Umständen mußten unsere Kollegen am Morgen des 10. dieses Monats den Angeboten erneut vorzuringen gegenüberstellen, die auf Grund der Teuerung den dringlichsten Bedürfnissen entsprachen. Nach deren Bekanntgabe durch Kollegen Streikts entspann sich noch eine scharfe gegenseitige Auseinandersetzung, in der arbeitgeberseits zum Ausdruck kam, daß sie unter keinen Umständen über eine zwanzigprozentige Lohnzulage hinausgehen könnten; unsere Kollegen dagegen mit aller Entschiedenheit dafür eintraten, daß eine Angleichung an die täglich bestehenden höheren Löhne jetzt in der besten Geschäftskonjunktur erfolgen müsse, widrigenfalls sie die Folgen einer unzureichenden Lohnpolitik ablehnen müßten.

Darauf zogen sich die Unparteiischen zurück, um ihrerseits den Parteien über die weitere Festsetzung der Löhne Vorschläge zu unterbreiten. Spät nachmittags gaben sie diese im Haupttarifamt bekannt, worauf die Parteien dazu Stellung nahmen. Nach näherer Prüfung der vorgeschlagenen Siffern konnte festgestellt werden, daß im Durchschnitt die Lohnhöhe 22% betragen würde. Beim Wiederzusammentritt gelang es, verschiedene unterlaufene Differenzen auszugleichen und mehrere gleichgerichtete Lohngebote, die verschieden in der Lohnfestsetzung beurteilt worden waren, einheitlich zu gestalten.

Danach gelangte der Vorschlag der Unparteiischen mit Mehrheit zur Annahme, nachdem die Kollegen Streikts und auch unter andern dagegen Protest eingelegt hatten, daß auf neue gerade der 3. Bezirk in der Lohnvereinbarung zu wenig berücksichtigt wurde.

Die Dauer des Lohnabkommens wurde bis zum 15. Juni 1922 festgelegt. Die Verhandlungen über ein neues Abkommen finden am 19. Juni im Reichsarbeitsministerium statt.

Es war schon die Abendstunde hereingebrochen, als man mit der Beratung der Ferienordnung begann. Kollege Streikts unterbreitete einen Entwurf hierzu, den er in kurzen Zügen begründete. Nach längerer Diskussion über die verschiedenen Einwendungen der Arbeitgeber gegen die gewünschten Erweiterungen schlugen die Unparteiischen vor, den Parteien einen redigierten Entwurf vorzulegen, über den dann das Haupttarifamt in Heimlicher Besetzung am 24. Mai verhandeln und beschließen soll.

Die Resultate der Verhandlungen über die neuen Löhne für die einzelnen Orte werden den Filialverwaltungen durch unsere Bezirksleiter inzwischen bereits mitgeteilt worden sein.

Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Die Arbeitslosigkeit unserer Verbandsmitarbeiter ist im Monat April auf 0,9% gegen 1,2% im Monat März zurückgegangen. In 150 Filialen, von denen die Berichtslarge rechtzeitig, das heißt bis zum 8. Mai, in der Zentrale des Verbandes eingetroffen war, sind am Sonntag, 29. April, von 54.612 männlichen Mitgliedern 517 und von 355 weiblichen Mitgliedern als arbeitslos festgestellt worden. 49 Filialen mit etwa 3704 Mitgliedern haben nicht berichtet.

Die Ergebnisse der letzten Erhebungen sind unbestreitbar besser als in den vergangenen Jahren, dessenungeachtet zeigen sie den Saisonalcharakter des Malergewerbes in erschreckender Deutlichkeit, wurden doch im Januar des laufenden Jahres 13,3% und im Februar noch 10,7% arbeitslos gezählt, während die Verhältniszahlen im vorigen Jahre für Januar 15,4, für Februar 13,6, für März 4,8 und für April noch 4,8% betragen und erst dann auf ein erschütterndes Maß zurückgingen. Das vorliegende Feststellungsergebnis wird allerdings besonders ungünstig beeinflusst durch die mißliche Lage des Gewerbes in einigen Teilen des ersten Bezirks, wo in 40 berücksichtigten Filialen mit 10.130 organisierten Berufscollegen 310 oder 3,0% als arbeitslos gemeldet wurden. In den andern Bezirken liegen die Verhältnisse wesentlich günstiger, der Prozentsatz an Arbeitslosen beträgt im 2. Bezirk 0,3%, im 3. Bezirk 0,5%, im 4. Bezirk 0,8%, im 5. Bezirk 0,1%, im 6. Bezirk 0,1% und kommt im 7. Bezirk nicht ganz an 1,0% heran, so daß der Gesamtdurchschnitt mit 0,9% ungefähre der gewöhnlichen Konjunktur des Monats Juni 1921 entspricht. Eine geringe Zunahme hat die Arbeitslosigkeit infolge mangelnder Aufträge erfahren, doch kommt dafür das Baumalergewerbe nicht in Betracht, dagegen werden unsere in der Industrie tätigen Sattlerkollegen davon mehr oder weniger in Mitleidenschaft gezogen.

Eine Uebersicht über unsere Feststellungen seit Januar dieses Jahres gibt die folgende Tabelle:

Bezirk	Arbeitslos	Gesamt	Prozent	Wöchentliche Arbeitslosigkeit					
				1 bis 8 Stunden	9 bis 16 Stunden	17 bis 24 Stunden	über 24 Stunden	unbekannt	
Januar	158	6084	2,6%	69	80	26	14	4	41
Februar	113	4082	2,8%	58	59	21	12	4	24
März	147	4601	3,2%	5	47	—	—	—	4
April	180	5497	3,3%	10	108	—	—	—	18

Die nachfolgend aufgeführten Filialen haben die Berichtslarge für April nicht oder zu spät eingeleand: vom 1. Bezirk: Cottbus, Dangsig, Demmin, Finsterwalde, Fürstentum, Guben, Gumbinnen, Jüterbog, Landsberg a. d. W., Oppeln, Sanktberg, Stralsund und Wittenberge; 2. Bezirk: Wittenberge, Grieben, Saarbrücken und Trier; 3. Bezirk: Bremerhaven, Göttingen und Nienburg; 4. Bezirk: Beverungen, Bodol, Elbe, Datteln, Detmold, Gamm i. W., Rinteln, Ohligs, Solingen und Wesel; 5. Bezirk: Eisenach, Schöppingen und Jeß; 6. Bezirk: Heilbronn, Kaiserlautern, Konstantz und Singen; 7. Bezirk: Barmen, Hof, Kulmbach, Passau, Schweinfurt und Weiden.

Die grauen Statistikkarten für Mai werden den Filialen mit Nr. 21 des Verbands-Anzeiger zugestellt. Eintrag ist Sonnabend, den 27. Mai. Die eine Karte muß spätestens am Tage nach Pfingsten zur Post gegeben werden, um rechtzeitig in der Hauptkasse einzuläufen und für den Bericht an das Reichsarbeitsministerium bearbeitet werden zu können.

Teuerungsziffern und Löhne in unserem Beruf.

Beim diesjährigen Monatsabschluss des Tarifvertrages wurde im Schiedspruch zur Lohnfrage gesagt, daß bei Veränderungen der Teuerungsziffer das Haupttarifamt, nachdem es über das Maß der eingetretenen Teuerung entschieden hat, eine Nachprüfung der Löhne vornimmt. Seitdem dreht sich der Kampf unserer Vertreter bei allen Lohnverhandlungen zunächst um die Anerkennung der bestehenden Teuerung, dann um die Festsetzung der Löhne. Bei den Verhandlungen im April erklärte nun der Vorsitzende der Arbeitgeber, daß bei Bemessung der Teuerung nur die amtlichen Zahlen gelten könnten, für die neueren Lohngebote man jedoch den Grad der Teuerung erst feststellen müsse. (Nebenfalls, weil da wenig oder gar keine amtlichen Zahlen vorliegen.) Warum sich die Unternehmervertreter auf die amtlichen Zahlen berufen, wurde bereits im Vorjahre im Berliner Tageblatt durch folgende Ausführungen gezeigt:

Daß die Indexziffer des Reichsstatistischen Amtes zu je unterschiedenen Ergebnissen kommt, ist nicht verwunderlich und erklärt sich aus einer Konstruktion, die darauf zugunsten war, die wirkliche Teuerung nicht voll in Erscheinung treten zu lassen. Waren es doch vornehmlich politische Gründe, die zu ihrer Entstehung Anlaß gegeben haben! Wenn es mit Hilfe dieser Indexziffer gelingen ist, übertriebene und mit der Verzerrung Deutschlands nicht verträgliche Entlohnungsansprüche abzuwehren, so ist das an sich volkswirtschaftlich durchaus erfreulich.

Zu nun aber im Ausland durch solche Berechnungsmethoden ein „objektiv falsches Bild“ gegeben wird...

Die Teuerungszahlen, so wie sie bisher errechnet wurden, können dabei auch weiterhin nebeneinanderlaufen...

Danach kann man also auch die Vorliebe unserer Arbeiter für die amtlichen Zahlen verstehen.

In letzter Zeit wurde nun daran gearbeitet, eine neue Berechnungsart für die Teuerungszahlen zu schaffen...

Notwendig wird nun sein, daß überall Vertreter der Arbeiterchaft in den Ausschüssen zur Errechnung der Teuerungszahlen vertreten sind.

Bisher hatte die Dresdner Arbeiterchaft keine Vertretung im Lebensmittelausschuß. Nunmehr ist beim statistischen Amt der Stadt Dresden ein Ausschuß, bestehend aus Vertretern der Industrie, des Handels, der Verbraucher und Arbeiterchaft, gebildet.

Der verheiratete Arbeiter, der also 1914 23,81 M für den Haushalt aufwendete, mußte also Mitte April ungefähr 27 M pro Stunde verdienen, um annähernd so leben zu können wie 1914.

Volllauf berechtigt war es also, wenn bei den Verhandlungen im Matergewerbe über unsere Löhne von unseren Vertretern erklärt wurde, die amtlichen Teuerungszahlen entsprechen keineswegs den Verhältnissen beziehungsweise der Teuerung.

Der Arbeiter, der also 1914 23,81 M für den Haushalt aufwendete, mußte also Mitte April ungefähr 27 M pro Stunde verdienen, um annähernd so leben zu können wie 1914.

Was hat in der letzten Zeit einer „stehenden Lohnstala“ über das Wort geredet. Solange wir nicht eine nähere Grundlage für die Errechnung des Existenzminimums geschaffen haben, ergibt sich dies unangeordnetlich nachteilig für die Arbeiterchaft.

Das letzte bedeutet die Vertiefung des Arbeitslosenstandes. Es dem ersten ist zu sagen, daß die deutsche Volkswirtschaft es κατά des Unternehmens, höhere Gewinne zu erzielen und den unproduktiven Bereichen ihre Erträge weiterzugeben.

Das letzte bedeutet die Vertiefung des Arbeitslosenstandes. Es dem ersten ist zu sagen, daß die deutsche Volkswirtschaft es κατά des Unternehmens, höhere Gewinne zu erzielen und den unproduktiven Bereichen ihre Erträge weiterzugeben.

zu beständigen. Alle Schilderungen der Not und des Glorbs der Kollegen sind bei unsern und allen Unternehmern „Neben zum Fenster hinaus“.

Die Unternehmer sammeln ihre Truppen, um ihr System der Ausbeutung zu befestigen; für die Arbeiterchaft wird es hohe Zeit, das gleiche zu tun, um den Angriffen zu trotzen.

Neben dem Reichsmietengesetz, das vor allem Vorschriften über die Höhe der Mieten gibt, hat es sich als notwendig erwiesen, auch die übrigen rechtlichen Beziehungen zwischen Mieter und Vermieter zu regeln.

Neben dem Reichsmietengesetz, das vor allem Vorschriften über die Höhe der Mieten gibt, hat es sich als notwendig erwiesen, auch die übrigen rechtlichen Beziehungen zwischen Mieter und Vermieter zu regeln.

Neben dem Reichsmietengesetz, das vor allem Vorschriften über die Höhe der Mieten gibt, hat es sich als notwendig erwiesen, auch die übrigen rechtlichen Beziehungen zwischen Mieter und Vermieter zu regeln.

Das Gesetz bezweckt zunächst, den Mieter vor einer gegen seinen Willen erfolgenden Aufhebung des Mietverhältnisses sowie zu schützen, als sich dies mit den berechtigten Interessen des Vermieters irgend vereinen läßt.

Das Gesetz bezweckt zunächst, den Mieter vor einer gegen seinen Willen erfolgenden Aufhebung des Mietverhältnisses sowie zu schützen, als sich dies mit den berechtigten Interessen des Vermieters irgend vereinen läßt.

Das Gesetz bezweckt zunächst, den Mieter vor einer gegen seinen Willen erfolgenden Aufhebung des Mietverhältnisses sowie zu schützen, als sich dies mit den berechtigten Interessen des Vermieters irgend vereinen läßt.

lung ergeben haben und zu lebhaften Beschwerden aus Mieter- und Vermieterkreisen geführt haben, werden zu befestigen gesucht. Vor allem soll in Zukunft gegen die Einführung des Mieteeinigungsamtes in gewissen Fällen die Anrufung einer Beschwerdeinstanz zulässig sein.

Der Entwurf sieht vor, daß das Gesetz am 1. Juli 1922 — gleichzeitig mit dem Reichsmietengesetz — in Kraft tritt.

Existenzminimum und Einkommen.

Von Dr. A. Kuchyski.

Table with 2 columns: Category (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung, Sonstiges) and Cost values.

Auch innerhalb der einzelnen Bedarfsgruppen war die Steigerung eine sehr verschiedene. Es stiegen zum Beispiel 1 Pfund Haferflocken von 25 g auf 3,90 M, das heißt auf das 36fache.

Infolgedessen sind manche Waren, die, an ihrem Nährungswert gemessen, vor dem Kriege verhältnismäßig teuer waren heute verhältnismäßig billig und umgekehrt.

Selbstverständlich ist das Einkommen der großen Masse der Berliner Bevölkerung seit der Vorkriegszeit weniger gestiegen als die Kosten des Existenzminimums.

Bei den verheirateten Banlangestellten im 10. Berufsjahr mit 2 Kindern von 6 bis 10 Jahren ist das Jahreseinkommen von 1913 bis zum April 1922 folgendermaßen gestiegen: Bankgehilfen ohne banktechnische Vorbildung von 2165 auf 5480 M, das heißt auf das 25fache.

Bei den verheirateten Banlangestellten im 10. Berufsjahr mit 2 Kindern von 6 bis 10 Jahren ist das Jahreseinkommen von 1913 bis zum April 1922 folgendermaßen gestiegen: Bankgehilfen ohne banktechnische Vorbildung von 2165 auf 5480 M, das heißt auf das 25fache.

Lohnbewegungen.

Düsseldorf. Mit der Interessengemeinschaft der Meister der Städte Reuß, M., Gladbach, Meydt, Biersen und Dülken wurde am 8. Mai ein neues Lohnabkommen vereinbart, nach dem die Stundenlöhne betragen:

Für Gehilfen über 20 Jahre 21,50 M, unter 20 Jahren 21,00 M.

Bis 18. Mai beträgt in Reuß der Stundenlohn 30 M mehr (als bisher). Um nicht die Verhandlung zum Scheitern zu bringen, mußte vom 19. Mai an auf diese 30 g verzichtet werden.

Halberstadt. Ueber das Berlin-Halberstädter Industriewerke A.-G. (Schwag) ist die Sperre aufgehoben worden, weil die im Winter entlassenen Kollegen nicht wieder eingestellt sind.

Aus unserm Beruf.

Coblenz. In unserer Jahresversammlung gab der Vorsitzende, Kollege Rauert, den Jahresbericht für das vergangene Jahr. Er wies insbesondere auf den Versammlungsbetrieb hin und gab der Hoffnung Ausdruck, daß im neuen Jahre die Versammlungen besser besucht werden, denn es ist

